



Guatemala (April 2012)

ERSTE ERFOLGE IM KAMPF GEGEN DIE STRAFLOSIGKEIT

In den letzten Monaten mehren sich Meldungen über Fortschritte im Kampf gegen die Straflosigkeit in Guatemala. Dennoch gibt es weiterhin viel zu tun. Amnesty International fordert ein Ende der Straflosigkeit für alle Verantwortlichen der Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit, die während des langjährigen Konflikts begangen wurden. Alle Verantwortlichen in den Befehlsketten müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Im März 2012 verurteilte ein guatemaltekisches Gericht fünf Männer zu je knapp 8.000 Jahren Gefängnis wegen ihrer Teilnahme an einem Massaker an indigenen Dorfbewohnern im Jahr 1982. Sie gehörten einer militärisch ausgebildeten Zivilpatrouille an, die 268 Achí-Maya in Plan de Sánchez, in der Nähe der Stadt Rabinal, zusammen trieb, vergewaltigte, folterte und erschoss. Dabei wurden rund 20 Mädchen und junge Frauen im Alter zwischen 12 und 20 Jahren in ein Haus geschleppt, missbraucht und ermordet. Andere Kinder wurden zu Tode geschlagen, während einige Erwachsene in ein Haus gesperrt wurden, auf das die Truppen ziellos schossen und das sie mit Handgranaten bewarfen. Einige Dorfbewohner wurden gezwungen, sich in Häuser mit Stroh zu begeben, die mit Benzin begossen und angezündet wurden. Die Leichen verscharrten die Paramilitärs in Massengräbern. Die Länge der Haftstrafen steht symbolisch für die unvorstellbare Brutalität der vor 30 Jahren begangenen Verbrechen.

Ebenfalls im März dieses Jahres wurde ein Soldat wegen seiner Rolle im Dos Erres-Massaker, das 1982 im Petén verübt wurde, zu einer Haftstrafe von 6.060 Jahren verurteilt. Er war Teil einer Eliteeinheit der guatemaltekischen Armee gewesen, die bei dem Massaker über 250 Menschen ermordete. Im August 2011 waren vier weitere Soldaten aus seiner Einheit verurteilt wurden. Ein sechster Soldat gestand in den USA, dass er ebenfalls an den Morden teilgenommen und unter anderem ein Baby in den Dorfbrunnen geworfen hätte. Er wird nach Guatemala ausgeliefert, sobald er eine zehnjährige Strafe wegen Einwanderungsdelikten in den USA abgesessen hat.

Außerdem müssen sich mehrere ehemals hochrangige Amtsträger der Anklage des Genozids stellen, darunter Ex-General José Efraín Ríos Montt. Während der Regierungszeit von Ríos Montt (1982-1983) wurde die Hälfte der dokumentierten Menschenrechtsverbrechen in dem internen bewaffneten Konflikt in Guatemala begangen. Die historische Entscheidung des Gerichts, dass Ríos Montt sich der Anklage stellen muss, fiel am selben Tag, an dem der Kongress beschloss, Guatemala solle sich dem Internationalen Strafgerichtshof anschließen.

Eine von der UN geförderte Wahrheitskommission hatte 1999 festgestellt, dass während des 36jährigen internen bewaffneten Konflikts in Guatemala rund 200.000 Menschen ermordet wurden oder verschwanden und dass die Sicherheitskräfte mehr als 600 Massentötungen durchführten, vor allem in ländlichen und indigenen Gemeinden.

Langsam aber sicher beginnt sich nun in Guatemala Gerechtigkeit gegenüber den furchtbaren Verbrechen durchzusetzen, die während des Konflikts begangen wurden. Sie waren drei Jahrzehnte lang straflos geblieben und destabilisieren bis heute die guatemaltekische Gesellschaft.

Auch wenn jedes neue Urteil die tief verwurzelte Straflosigkeit ein wenig weiter erodieren lässt, müssen die Autoritäten weiterhin alles dafür tun, dass die Tausenden Opfer und ihre Verwandten Zugang zu Gerechtigkeit und Entschädigung bekommen und die Wahrheit erfahren über das, was passiert ist. Amnesty International fordert ein Ende der Straflosigkeit für alle Verantwortlichen der Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit, die während des Konflikts begangen wurden. Alle Verantwortlichen in den Befehlsketten müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Die Fortschritte in der Verfolgung der Verbrechen der Vergangenheit müssen zudem begleitet sein von verstärkten Bemühungen um die Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen, die heute in Guatemala stattfinden. Dazu zählen insbesondere die alarmierenden Zahlen von Frauenmorden, die Bedrohungen und Angriffe auf Menschenrechtsaktivisten und die Diskriminierung von indigenen Gemeinden. Offiziellen Angaben zufolge wurden allein 2011 631 Frauen sexuell missbraucht und ermordet. Nur sehr wenige Fälle von Frauenmorden werden verfolgt und in so gut wie keinem Fall kam es bislang zu einer Verurteilung. Zudem haben lokale Organisationen 2011 mehr als 400 Angriffe auf und Einschüchterungen von Menschenrechtsverteidigern einschließlich Journalisten und Gewerkschaftern dokumentiert. Indigene werden Opfer von vielfältigen Diskriminierungen; unter anderem werden sie in der Regel nicht angemessen konsultiert, wenn auf ihrem Land Entwicklungsprojekte durchgeführt werden.

Zusammenstellung:

Jorun Poettering, Mexiko und Zentralamerika Koordinationsgruppe, Hamburg